

Pressemitteilung

Bauindustrie Hessen zur Krise im Wohnungsbau: "Baugenehmigungen weiter stark rückläufig"

Wiesbaden, 21.11.2023

Auch im Internet abrufbar: www.bauindustrie-mitte.de

Fehlende Wohnungen, explodierende Mieten in den Großstädten - aber die Baugenehmigungen sinken weiter ab: Der außergewöhnlich negative Trend in Hessen setzt sich ungebremst fort. Im September ist die Zahl der genehmigten Wohnungen, sowohl Neu- wie Umbau, um 19,5 Prozent zurückgegangen (1.328 Wohnungen), die der Wohngebäude sogar um 33,7 Prozent (334 Wohngebäude) gegenüber dem Vorjahresmonat. "Weder der Wohnungsgipfel noch die zögerlichen Initiativen der Politik haben die Lage bisher entschärft: Immer mehr Menschen müssen sich vom Wunsch nach dem Eigenheim verabschieden", kommentiert Dr. Burkhard Siebert, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen, die neuesten Zahlen des Statistischen Landesamtes. "Die Wohnungsbaufirmen berichten von Gesprächen mit Investoren, die die Baukosten nicht mit den dann notwendigen Mieten refinanzieren können. Bei Kaltmieten bis zu 18 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche werden erteilte Genehmigungen nicht in Baumaßnahmen umgesetzt. Und die Probleme am Wohnungsbau sind nur der offensichtliche Anfang, sie können zu einer Krise der gesamten hessischen Wirtschaft führen", so Dr. Burkhard Siebert: "Die Bauindustrie hat gezeigt, wie etwa mit industriellem, seriellen Bauen Mieten um ein

Fünftel gesenkt werden könnten. Bund und Land Hessen müssen nun zügig vergleichbar effektive Maßnahmen einleiten, damit Wohnen in Deutschland wieder bezahlbar wird. Nur wenn es gelinge, die Refinanzierungskosten der Investoren zu senken und neues Vertrauen in den Markt zu bringen, ist mit einer Trendwende zu rechnen. Wir brauchen etwa ein Zinsverbilligungsprogramm und die flächendeckende Absenkung der Grunderwerbsteuer."